

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

=====

DER SPARTAKIST

=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Jänner-März 1951

Nr. 62-64

Preis S 2.-

=====

Zur Wahl des Bundespräsidenten:

WIR STIMMEN FÜR DEN KANDIDATEN DER SP!

=====

Bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen lassen wir uns so wie bei den Wahlen zum Parlament davon leiten, daß es notwendig ist, die bürgerliche Demokratie im Interesse der Arbeiterklasse auszunützen. Doch die Fragen, die hierbei auftauchen, sind nicht die selben wie bei Parlamentswahlen. Das Parlament stellt eine Tribüne der Parteien dar; bringt die Klassenpartei die Kraft auf, sich diese Tribüne zu erobern, dann kann sie von ihr aus das revolutionäre Programm propagieren und die Massen politisch erziehen. Indem sie das macht, setzt sie sich zur Funktion des Parlaments als der offiziellen Tribüne der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen politischen Programmen nicht in Widerspruch. Im Parlament spiegelt sich, wenn auch unzulänglich, verfälscht, verzerrt, die Klassenspaltung des Volkes, die Klassengegensätze, der Klassenkampf. Beim Staatsoberhaupt ist es anders. Es ist der Repräsentant des ganzen Volkes, der Repräsentant einer Einheit, die es in der Wirklichkeit nicht gibt.

Das Parlament ist jene Körperschaft, die die Gesetze beschließt; den Vollzug der Gesetze muß es der Staatsmaschine überlassen, deren Leitapparat die Regierung ist. In der Staatsmaschine konzentriert sich die politische Gewalt der Gesellschaft; sie hat das Monopol auf die Ausübung der Gewalt. Da sie immer und überall klassenmäßig aufgebaut ist (und niemals anders organisiert sein kann), ist sie der politische Garant der Diktatur der Bourgeoisie auch in der bürgerlichen Demokratie.

=====

INHALT: Wir stimmen für den Kandidaten der SP - Zur internationalen Lage - Erklärung des internationalen Sekretariats der IV. Internationale - Statt bürokratische "Wirtschaftslenkung" Produktionskontrolle durch die Arbeiter!

=====

Das Staatsoberhaupt ist nicht nur die offizielle Spitze des bürokratisch-militärischen Apparats, sondern in der Mehrzahl der Fälle auch mit Recht ausgestattet, die ihm auf bestimmten Gebieten die Selbstständigkeit des Handelns gestatten und vom Parlament unabhängig machen. Das Parlament übt eine - wenn auch unzulängliche - Kontrolle der Staatmaschinerie aus; es ist eine - wenn auch schwache - Bremse gegen die Eigenmächtigkeit des Apparats. Das Staatsoberhaupt kann jedoch im Rahmen seiner Befugnisse Beschlüsse fassen, für die es niemand verantwortlich ist; es personifiziert in sich die Eigenmächtigkeit des Apparats, dessen Kopf es ist.

Mehr als in anderen Formen des bürgerlichen Klassenstaates ist die Regierung einer demokratischen Republik ständig in Gefahr, über "Zufälligkeiten" des Klassenkampfes zu stolpern. Doch jeder Regierungswechsel ist ein Bruch in der Kontinuität des Herrschens und mit politischen Gefahren für die herrschende Klasse verbunden. In der Monarchie sichert der Monarch diese Kontinuität; er bleibt, wenn seine Minister gehen. In der Republik sucht die Bourgeoisie die Kontinuität durch einen Ersatzmonarchen, durch einen Präsidenten, der neben und über der Regierung steht, zu wahren. Der Präsident ist ein Element der Stabilität, der ruhende Punkt in der politischen Erscheinungen Flucht. Die Bourgeoisie hat seit jeher versucht, dieses Element zu stärken, zu untermauern, auszubauen. Die Reaktion gegen die Demokratie, der erste Schritt zur Aufrichtung der offenen Diktatur hat immer damit begonnen, die Stellung des Präsidenten zu stärken, seine Rechte auf Kosten des Parlaments zu erweitern, ihn vom Parlament unabhängig zu machen, ihm dem Parlament entgegenzustellen. So war es in Frankreich nach 1848 mit Louis Bonaparte. So war es in Deutschland mit Hindenburg, den die SPD in den Sattel gehoben hat - um die Demokratie gegen Hitler zu stützen! So war es schließlich auch bei uns in Österreich.

Die nach dem November 1918 in Kraft getretene provisorische Verfassung hatte kein eigenes Präsidentschaftsamt gekannt; die Funktion des Staatsoberhauptes wurde vom Präsidenten der Nationalversammlung ausgeübt. Doch in der Verfassung vom Oktober 1920 kam die Tatsache, daß sich die Herrschaft der Bourgeoisie zu stabilisieren begonnen hatte, bereits zum Ausdruck; die wichtigsten Veränderungen waren der Übergang vom Einheits- zum Bundesstaat, durch die die Einflußnahme des Proletariats von Wien auf die reaktionäre Provinz weitgehend ausgeschaltet wurde, sowie die Errichtung einer Bundespräsidentschaft. In den folgenden Jahren forderte die Bourgeoisie immer energischer die Erweiterung der Rechte des Präsidenten. Im Jahre 1929 setzte sie, gestützt auf die Heimwehren, eine Verfassungsänderung durch. Dem Präsidenten wurden weitgehende Verordnungsrechte eingeräumt; in sein Ressort fiel die Ernennung der hohen Beamten; er konnte die Regierung ernennen und entlassen; ausserdem sollte er nicht mehr nur von den beiden Häusern des Parlaments, sondern auch durch direkte Volkswahl sein Amt empfangen können. Das letztere sieht sehr demokratisch aus, ist es aber nicht. So oft der Klassenkampf in ein kritisches Stadium getreten ist, hat die Bourgeoisie die Machtmittel des Staates als entscheidende Waffe gegen das Proletariat verwendet. Wir sind deshalb dafür, daß die Verfügung über diese Machtmittel nicht einer kleinen Clique oder gar einem Einzelnen überlassen bleibt, sondern daß sie auf möglichst viele vom Volk gewählte Vertreter aufgeteilt wird. Wir verteidigen deshalb das Verfügungsrecht und die Kontrolle des Parlaments über den Staatsapparat. Ein "vom Volk gewählter" Präsident kann aber viel leichter dem Parlament entgegengestellt werden als ein vom Parlament gewählter. Die Verfassungsänderung von 1929 hat darum bereits den Keim für die spätere bonapartistische Diktatur in sich getragen. Mit Hilfe eines aus der Kriegszeit stammenden Notverordnungsparagraphen hat Dollfuß das Parlament ausgeschaltet und für seinen Staatsstreich durch die Unterschrift von Miklas die Bescheinigung der Legalität erhalten. Mit Hilfe der von Miklas gezeichneten Nötverordnungen hat Dollfuß ein demokrati-

2

sches Recht nach dem anderen abgebaut und nach der blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse schließlich die Ständeversammlung oktroyiert. Ähnlich war es in Deutschland mit Hindenburg. Die Bourgeoisie hat gewußt, wofür sie einen "starken", "unabhängigen" Präsidenten braucht!

Wir haben kein Interesse an der Stabilität der kapitalistischen Staatsmaschine. Wir haben kein Interesse daran, der Bourgeoisie die Kontinuität des Herrschens zu sichern. Die Präsidentschaft ist ein Element der offenen Diktatur innerhalb der bürgerlichen Demokratie; wir treten deshalb für die Abschaffung dieser Einrichtung ein! Die Bourgeoisie kann im Notfall auch ohne Präsidenten auskommen, wie das Beispiel der Schweiz zeigt; sie kann ohne Präsidenten aber viel schwerer einen Staatsstreich machen. Solange die Präsidentschaft beibehalten wird, sind wir aus den gleichen Gründen gegen die direkte Wahl des Präsidenten, für die Wahl durch das Parlament und die absolute Verantwortlichkeit des Präsidenten dem Parlament gegenüber für alle seine Handlungen. Soweit auch die direkte Wahl beibehalten wird - und das ist gegenwärtig der Fall - sind wir für die Wahl eines solchen Kandidaten, der der Bourgeoisie die Aufrichtung einer offenen Diktatur möglichst erschwert. Das beste wäre natürlich ein revolutionärer Kandidat, doch über die Aufstellung eines solchen brauchen wir uns vorläufig nicht den Kopf zerbrechen; wir haben gegenwärtig nur die Wahl zwischen dem Kandidaten der SP und dem der Stalinpartei!

Die Stalinpartei behauptet, daß es ganz gleichgültig sei, ob Gleißner oder Körner gewählt würde, beide seien Repräsentanten der Koalitionspolitik. Diese Behauptung ist ein Unsinn und eine Wiederholung der Politik des "Sozialfaschismus". Indem sie die SP mit der ÖVP identifiziert und keinerlei Unterschiede zwischen den beiden sieht, bereitet sie künftigen Niederlagen der Arbeiterklasse den Weg.

Welche Partei den Bundespräsidenten stellt, das ist auch innerhalb der Koalition eine wichtige Machtfrage. Aus diesem Grund ist es zwischen der ÖVP und der SP auch zu keiner Einigung über einen vom Parlament zu wählenden Kandidaten gekommen. Solange die Koalition dauert, ist die Frage, welche Partei den Präsidenten stellt, noch nicht von großer Wichtigkeit. Nur in dieser Hinsicht hat die "Volksstimme" recht. In dem Maße aber, in dem sich die Klassengegensätze zuspitzen und der Klassenkampf an Schärfe zunimmt, kommt die bürgerliche Demokratie in eine Sackgasse, wird die Koalition gesprengt, nimmt die Bourgeoisie Kurs auf die offene Diktatur. Diese Perspektive ist es, um derentwillen sich die ÖVP und ihr Kandidat Gleißner so um die Nazi bemüht. Heute die Stimmen, morgen die Fäuste und Schlagringe der Nazi! Wenn sich die SP noch so sehr der Bourgeoisie anpasst - allein der Weg zur offenen Diktatur führt nur über den Kadaver der SP. In einer solchen kritischen Zuspitzung des Klassenkampfes, die nicht heute, vielleicht auch noch nicht morgen, aber dennoch auch in Österreich unvermeidlich heranreift, ist der Besitz einer solchen Schlüsselposition im Staat, wie es die Präsidentschaft ist, von einiger Bedeutung. Wir teilen nicht die Illusionen der SP über den Besitz solcher Ämter. Wir wissen, daß die politischen Machtverhältnisse durch den ausserparlamentarischen Klassenkampf bestimmt werden. Die Besetzung des Präsidentenstuhls durch einen SP-Mann ist keine Garantie gegen die kapitalistische Reaktion. Aber sie erschwert dieser das Handwerk und beraubt sie des Deckmantels der Legalität.

Könnten wir aus diesem Grund nicht auch für den Kandidaten der Stalinpartei stimmen? Ist über ihren speziellen Zweck hinaus nicht jede Wahl gleichzeitig ein Barometer für die Stimmung des Volkes, für die politische Reife der Massen? Wäre die Stimmenabgabe für Fiala nicht eine Erschwerung für die bürgerliche Reaktion und zugleich ein Protest gegen die Koalitionspolitik der SP selbst? Abstrakt gesprochen ja, im Hinblick auf die konkrete Lage nicht! Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß, wenn der Stalinkandidat den Interessen der Kremlclique dient, der SP-Kandidat nur das Aushängeschild der Koalitionspolitik und des Arbeiterverrates der SP ist. Die Politik beider Parteien lähmt, jede auf ihre Weise, die Arbei-

terklasse. Allein der Stalinkandidat ist der Repräsentant eines Regimes, das mit jeder selbsttätigen Regung der Massen, mit den demokratischen Rechten und Freiheiten der Arbeiterklasse Schluß gemacht hat und die Arbeiter einer bürokratisch-politischen Diktatur unterwirft. Gewiß, die Stalinpartei stützt sich auf die Arbeiterklasse. Doch ein Sieg der Stalinpartei, mit Hilfe der Arbeiter errungen, würde im gleichen Moment die demokratischen Freiheiten der Massen abwürgen und sich gegen die Arbeiterklasse wenden. Bei einem Sieg der SP wäre es anders, nicht, weil die SP-Bürokraten "demokratischer" sind, sondern weil die SP der Arbeiterklasse gegenüber ungleich schwächer ist.

Aber es gibt noch einen wichtigen Grund, warum wir nicht für den Kandidaten der Stalinpartei, sondern für den der SP stimmen. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß ein Vertreter der Bourgeoisie Präsident wird. Durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten erleichtert die Stalinpartei die Position des kapitalistischen Kandidaten, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß dadurch Gleißner im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit bekommt, besonders wenn es ihm gelingt, viele VDU-Stimmen auf sich zu ziehen. Aus demselben Grunde wäre es falsch, was vielleicht manchem mit der Koalitionspolitik der SP unzufriedenen Arbeiter in den Sinn kommen könnte, aus Protest gegen die Koalitionspolitik, im ersten Wahlgang für Fiala zu stimmen.

Vom Gesichtspunkt der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und auch ihrer tatsächlichen Auswirkung nach, bedeutet die Aufstellung eines eigenen Kandidaten durch die Stalinpartei eine Aufspaltung der Arbeiterstimmen. Die Stalinisten hätten hier einmal Gelegenheit gehabt, den SP-Arbeitern zu zeigen, wie ernst es ihnen um die Einheitsfront, von der sie sehr viel sprechen, ist. Sie hätten die ihnen folgenden Arbeiter auffordern müssen für den SP-Kandidaten zu stimmen. Und die SP-Bürokratie hätte die ihnen aufgezwungene Einheitsfront zur Kenntnis nehmen müssen.

Wir müssen daher alle Arbeiter auffordern für den Kandidaten der SP, Körner, zu stimmen, um zu verhindern, daß der Kandidat der Bourgeoisie siegt.

ZUR INTERNATIONALEN LAGE

=====

Als der amerikanische Imperialismus Mitte 1950 sein koreanisches Abenteuer begann, waren die ersten Anzeichen einer neuen kapitalistischen Wirtschaftskrise bereits am Horizont sichtbar. Fünf Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges drohte schon wieder eine neue Überproduktionskrise, zu einer Zeit, in der der Imperialismus gleichzeitig gewaltige Niederlagen in Asien erlitt. Eine Weltwirtschaftskrise hätte das ganze kapitalistische System in höchste Gefahr gebracht. Diese Krise wäre der beste Nährboden für den revolutionären Bazillus aus Asien geworden, er hätte nicht vor den Mutterländern der alten Kolonialmächte, vielleicht nicht einmal vor der kapitalistischen Hochburg Amerika haltgemacht.

In dieser Lage entschlossen sich die Imperialisten zum Handeln. "Lieber einen Krieg riskieren als zuwarten, bis sich die Lage für uns noch weiter verschlechtert", das waren die Überlegungen derjenigen unter ihnen die für die Intervention im koreanischen Bürgerkrieg und für die verstärkte Aufrüstung eintraten.

Die USA-Generale haben sich in Korea nicht mit Ruhm bedeckt. Der "Konflikt", den der eitle Hanswurst Mac Arthur bis Weihnachten

1950 beenden wollte, ist zu einem großen Abnutzungskrieg geworden, der bereits Milliarden Dollar kostet und dessen Ende vorläufig nicht abzusehen ist.

Der Krieg in Ostasien hat aber auch zu einer vollständigen Änderung der wirtschaftlichen Lage geführt. Aus einer drohenden Überproduktionskrise ist eine Aufrüstungskonjunktur entstanden. Das Budget des USA-Imperialismus sieht für 1951/52 Rüstungsausgaben in der Höhe von 4 1/2 Milliarden Dollar vor, das ist rund das Doppelte des Betrages für das laufende Wirtschaftsjahr. Die Aufrüstungskonjunktur ist aber keineswegs einheitlich. Sie zerstört gleichzeitig das einigermäßen wiederhergestellte Gleichgewicht in der Weltwirtschaft, durch Entstehung von Rohstoffknappheit, Preissteigerung aller wichtigen Rohstoffe und Abbau der Handelsbeziehungen zwischen den imperialistischen Staaten und den Staaten des Ostblocks.

"Von Ende Oktober an sind die Weltmarktpreise in eine stetige und nachhaltige Aufwärtsbewegung geraten. Am stärksten waren in den letzten beiden Monaten wieder die Textilrohstoffe den aus der Aufrüstung sich ergebenden Wirkungen ausgesetzt. Der Preis der Schafwolle stieg von Dezember bis Ende Jänner um 32%, der Preis für die ägyptische Baumwolle um 42%. Bei den Metallen haben die offiziellen Notierungen längst ihre Gültigkeit verloren. Die tatsächlich gültigen Preise betragen das Zwei- bis Dreifache." ("Volksblatt" 25.II.51.)

Arbeitslosigkeit und drohende Inflationsgefahr sind die Begleiterscheinungen dieser "Konjunktur". Die "Aufrüstungskonjunktur" bedeutet zwar erhöhte Profite für die Monopolkapitalisten, aber keinen Ausweg aus der Gesamtkrise des Kapitalismus. Im Gegenteil, die immer größer werdenden Disproportionen, das Unvermögen einen Weltmarkt herzustellen, zusammen mit den politischen und militärischen Schwächen des Imperialismus, die im Kriege in Ostasien deutlich hervortreten, zeigen die Labilität, die allgemeine Krise des Systems.

+

Aber nicht nur die Gesamtkrise im imperialistischen Lager hat sich verstärkt. Auch in dem vom Kreml geführten Lager zeigen sich neue Krisenzeichen. Die nach dem Abfall Titos durchgeführten Säuberungsaktionen in den einzelnen KPFen haben nicht genügt, um den Widerstand gegen die Bevormundung des Kremls auszurotten. Sie konnten eben die Ursachen dieses Widerstandes, die wirtschaftliche Ausplünderung der Länder des Glacis und die immer offensichtlicher mit den Interessen der Massen in Widerspruch tretende Politik der Stalinbürokratie, nicht beseitigen. Die Krise der Stalinparteien in der Tschechoslovakei, in Italien und in Deutschland sind der Ausdruck der Unzufriedenheit und der Enttäuschung von unten. Die ausgeschlossenen Leute sind entweder die Sündenböcke für das Versagen der höchsten Stalinbürokraten oder sie stützen sich wirklich auf Massenteile und bedeuten dadurch eine zu große Gefahr für den Kreml. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den vom Kreml kontrollierten Ländern (Wiedereinführung oder Verschärfung der Rationierungen, Rückgang der Produktivität, Rohstoffmangel) entstehen ähnlich wie im imperialistischen Lager dank der gesteigerten Aufrüstung oder werden durch diese zumindest vergrößert.

Wenn sich auch die Schwierigkeiten in beiden Lagern verstärkt haben, so tragen sie doch nicht entscheidend zur Änderung des Kräfteverhältnisses bei, denn sie heben einander auf. Allerdings versuchen beide Teile, der Kreml und die Imperialisten, die Differenzen im gegnerischen Lager auszunützen. Der Kreml versucht die Differenzen zwischen dem USA-Imperialismus und England bzw. den anderen Imperialisten auszunützen und die Imperialisten bemühen sich um Tito und, trotz des Krieges in Korea, auch um China.

Das Gleichgewicht der Kräfte, eine der Hauptursachen, warum es bisher noch nicht zur weltumspannenden Auseinandersetzung gekommen ist, wird von beiden Lagern versucht zu ändern. Der amerikanische

Imperialismus setzt seine wirtschaftliche Überlegenheit ein, um sich einen Vorsprung in der Aufrüstung zu sichern. Der Krenl versucht, die politisch schwächsten Punkte der Imperialisten, die Herrschaft in den Kolonien und Halbkolonien, durch Unterstützung der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen und durch Ausnützung der Massenbewegungen in diesen Ländern anzugreifen. Gleichzeitig findet ein erbitterter Kampf um strategische Positionen und um den Besitz der wichtigsten Rohstoffe statt. Dieser Machtkampf um die Weltherrschaft zwischen dem Krenl und dem USA-Imperialismus ist zweifellos seit dem Beginn des Koreakrieges in ein entscheidendes Stadium getreten. Soweit es auf den Krenl und den Imperialismus ankommt ist der Ausbruch des 3. Weltkrieges eine reale Gefahr geworden, denn selbst wenn es zu einem Kompromiß kommt, was immer weniger wahrscheinlich wird, wird dieses nicht von allzulanger Dauer sein. Aber zum Glück kommt es auf diese beiden allein nicht an. Der Koreakrieg hat nicht nur den Ausbruch eines neuen Weltgemetzels, zu einer realen Gefahr für die Massen gemacht, sondern er verschärft auch die sozialen Gegensätze und die Unzufriedenheit der Massen, er beschleunigt auch direkt oder indirekt die Revolution, die eine reale Gefahr für die Imperialisten und den Krenl wird. Der Wettlauf zwischen Revolution und Krieg ist damit in ein entscheidendes Stadium getreten.

+++++

Der Krieg hat tatsächlich nicht selten die Revolution beschleunigt. Aber gerade deshalb hat er nicht selten zur Fehlgeburt geführt. Der Krieg verschärft die sozialen Gegensätze und die Unzufriedenheit der Massen. Aber das genügt für den Sieg der proletarischen Revolution nicht. Ohne revolutionäre Partei, die Stützpunkte in den Massen hat, führt eine revolutionäre Situation zu grausamen Niederlagen. Die Aufgabe besteht nicht darin, den Krieg zu "beschleunigen" - daran arbeiten unglücklicherweise nicht ohne Erfolg die Imperialisten aller Länder. Die Aufgabe besteht darin, die Zeit, die die Imperialisten den Arbeitermassen noch lassen, auszunutzen zur Schaffung einer revolutionären Partei und revolutionärer Gewerkschaften.

Das Lebensinteresse der proletarischen Revolution ist: den Krieg soweit wie möglich hinauszuschieben und möglichst viel Zeit zur Vorbereitung zu gewinnen. Je fester, mutiger, revolutionärer das Verhalten der Werktätigen ist, um so mehr schwanken die Imperialisten, um so sicherer gelingt es, den Krieg hinauszuschieben, um so mehr Chancen bestehen, daß die Revolution vor dem Kriege geschehen und vielleicht den Krieg unmöglich machen wird.

Gerade weil die IV. Internationale für die Weltrevolution ist, bildet sie einen der Faktoren, die gegen den Krieg wirken, denn, ich wiederhole es, die einzige Bremse auf dem Wege zum neuen Krieg ist die Angst der besitzenden Klassen vor der Revolution. (L. Trotzki, "Stalins Verbrechen")

+++++

Die SP-Bürokraten sind von dieser Alternative zutiefst erschrocken. Sie jammern über die "Aggression" der Nordkoreaner, sie schimpfen auf die Kriegstreiber im Krenl und werfen sich den Kriegstreibern in Washington an den Hals. Ja sie gehen soweit, dass sie den Koreakrieg für alles verantwortlich machen, auch für den immer weiter sinkenden Lebensstandard der Massen. Sie erklären (Waldbrunner z.B.): "Man kann nicht beides haben, Abwehr gegen den Aggressor und wirtschaftliches Wohlergehen." Für diese Leute ist es fast selbstverständlich, daß zum Krieg ebenso wie die Profite der Kapitalisten auch das Elend für die Massen gehört. Diese Leute sind schon so weit von den Massen entfernt, daß sie nicht mehr verstehen können oder

verstehen wollen, daß es in Asien neben der Auseinandersetzung Kreml - Imperialismus auch eine revolutionäre Massenbewegung gibt, die die entscheidendste Hilfe für den Kampf der internationalen Arbeiterklasse darstellt.

Ebenso setzt der Kreml auf der anderen Seite seine Verratspolitik fort. Die Stalinparteien in Europa sind nicht mehr imstande aus dem offenen Verrat der SP-Führung Nutzen zu ziehen, soweit ist bereits ihr eigener Zersetzungsprozeß. Der Stalinismus bedeutet für die europäischen Massen keine Perspektive mehr. Anders liegen die Dinge außerhalb Europas, besonders in Asien. Dort hat der Stalinismus eine Basis in den um ihre sozialen und nationalen Rechte kämpfenden Massen. Aber auch diese werden bald erkennen, daß sie die Rechte, die sie heute meist unter der Führung des Stalinismus im Kampfe gegen den Imperialismus erobern, auch gegen die Stalinbürokratie verteidigen müssen.

Es wäre sinnlos den Ernst der Lage übersehen oder verkleinern zu wollen. Aber es ist auch kein Anlaß, in Panikstimmung zu verfallen. Die Massen in Europa und in den USA sind zwar in der Defensive, aber noch nicht entscheidend geschlagen. In Ost- und Südasien gibt es eine revolutionäre Massenbewegung. Der Nahe Osten und Nordafrika steht ebenfalls vor dem Beginn von Kämpfen. Auf der anderen Seite werden der internationale Kapitalismus und der Kreml von Krisen erschüttert. Es gehört tiefster Pessimismus dazu, der Revolution in dieser Lage keine Chance zu geben.

Die lebendige Erfahrung zeigt, den Massen heute anschaulich, daß niemand, weder der Imperialismus, noch die UNO, noch der Kreml, noch die verbürgerlichte SP-Bürokratie, imstande ist, sie aus ihrer fatalen Lage herauszuführen, sondern daß sich diese nur dann verbessern wird, wenn sie selbst kämpfen: um höhere Reallohn, um bessere Lebensbedingungen, um das Recht auf Selbstbestimmung, um die soziale und nationale Befreiung aller unterdrückten Klassen und Völker, gegen den imperialistischen Krieg, für die Verwirklichung des Sozialismus.

ERKLÄRUNG DES INTERNATIONALEN SEKRETARIATS DER IV. INTERNATIONALE
=====

AN DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI JUGOSLAVIENS

Genossen!

Die von Kardelj in seiner Rede vom 4. J. 1951 in der jugoslawischen Nationalversammlung und von Tito in seinem dem Korrespondenten von "United Press" erhobenen Anklage, daß die Trotzlisten sich in der Praxis im Schlepptau der sowjetischen Außenpolitik befinden und daß sie nur mit Worten die sowjetische Bürokratie bekämpfen, erfordert eine Antwort.

Der Kampf der Trotzlisten gegen die sowjetische Bürokratie und ihre stalinistischen Agenten auf der ganzen Welt datiert nicht vom Juni 1948, dem Bruch der KPW mit dem Kominform. Er datiert vom Tode Lenins und vom Beginn der bürokratischen Entartung der SU und der III. Internationale. Seit 1922 haben Trotzki und die Trotzlisten die Fahne der proletarischen Demokratie gegen die aufsteigende Bürokratie in der bolschewistischen Partei und in den Ländern erhoben. Dieser Kampf hat zuerst in Rußland tausenden und abertausenden von Bol-

*) gegebenes Interview

schewiken, die mit L. Trotzki und vielen anderen Führern der Oktoberrevolution und der III. Internationale an der Spitze das bürokratische Regime und den Stalinismus bekämpft haben, das Leben gekostet und unvorstellbare Leiden in den Gefängnissen, in den Konzentrationslagern und im Exil eingetragen.

Von 1934 an haben diese Bolschewiki offen erklärt, daß es die Aufgabe des russischen Proletariats ist, die bonapartistische Clique Stalins, die sich auf die Bürokratie stützt, durch eine neue politische Revolution zu stürzen. Und wir stehen heute noch zu dieser Linie.

Die von Stalin und den stalinistischen Führungen in Rußland und auf der übrigen Welt begangenen Verbrechen gegen die Interessen des Weltproletariats und gegen die sozialistische Weltrevolution, wurden nur von den Trotzkiisten allein vor den proletarischen Massen bekanntgemacht. Das hat ihnen in mehreren Ländern außerhalb Rußlands, wie in Vietnam, in Griechenland, in Spanien, in Frankreich, in Italien und anderswo oft das Leben gekostet. Mehrere trotzkiistische Führer und Kader sind unter den Kugeln der GPU gefallen für ihre Ergebenheit zur sozialistischen Revolution, für ihren konsequenten, prinzipiellen, unachgiebigen Kampf, den sie gegen die Bürokratie führten.

Leo Trotzki, der Schöpfer der Roten Armee, wurde von der GPU ermordet, weil er 15 Jahre die Führung in diesem Kampfe inne hatte.

So wurde der Trotzkiismus Feind Nr. 1 Stalins und des Stalinismus.

Nur die Trotzkiisten haben immer wieder den konterrevolutionären Charakter der Außenpolitik des Kremls aufgezeigt; um nur auf die letzten Jahre zurückzukommen, so waren es nur die Trotzkiisten für lange Zeit allein, die die Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker - Verbrechen, die von den großen Siegern des 2. Weltkrieges in den Abkommen von Jalta und Potsdam ("Friede" mit Annexionen und Reparationen für das deutsche Volk, Ausplünderung Osteuropas) begangen wurden.

Es sind die Trotzkiisten, und nur diese allein, die seit dem Juni 1948 für die Verteidigung Jugoslawiens gegen die Verleumdungskampagne des Kremls, dessen wirtschaftliche Blockade, dessen militärische Angriffsrückungen, innerhalb der internationalen Arbeiterklasse eingetreten sind. Die Trotzkiisten haben Eure Sache gegen die Angriffe der Stalinisten in den Gewerkschaften, in den Betrieben und in den Versammlungen verteidigt. Sie haben überall die ersten Sympathiekundgebungen für Eure Sache innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Auf Grund dieses Eintretens für Euch haben die trotzkiistischen Kämpfer eine systematische Kampagne von Angriffen und Verfolgungen durch die Stalinisten über sich ergehen lassen müssen, sie sind sogar aus diesem Grunde aus den Gewerkschaften und anderen von den Stalinisten geführten Organisationen ausgeschlossen worden.

Es gehört dazu eine unvorstellbare Gedächtnisschwäche und eine große Dosis Unkenntnis, wollte man diese Tatsachen auslöschen und die Wahrheit in diesem Punkte verunstalten.

Ihr werdet verleumdet und Ihr befindet Euch in einer relativ schwachen Minderheit gegenüber dem ungeheuren vom Kreml geführten Apparat und Ihr habt die Wahrheit zu Eurer Fahne gemacht. Respektiert daher die Wahrheit gegenüber einer Bewegung, die nicht über Eure technischen und finanziellen Mittel zur Verteidigung verfügt.

Wenn der Trotzkiismus die Gruppierung ist die vor der sowjetischen Bürokratie kapituliert, so führt doch den Beweis, indem Ihr die wichtigsten Texte der Politik und der Geschichte des Trotzkiismus in Eurer Sprache veröffentlicht und laßt diese revolutionär-marxistische Literatur frei in Jugoslawien zirkulieren. Warum informiert Ihr dann Eure Mitglieder und das jugoslawische Proletariat

† aufzeigten,

et über die wichtigsten Fragen der Geschichte und der Neuorientierung der internationalen Arbeiterbewegung nur mit einigen kurzen Phrasen. Legalisiert die trotzkistische Literatur in Jugoslawien. Und wenn Ihr glaubt, ein solches Unternehmen käme zu teuer, so ist unsere Bewegung bereit, trotz ihrer beschränkten finanziellen Hilfsmittel, aus eigenen Mitteln, die wichtigsten Texte unserer Geschichte und unseres ideologischen Arsenal, die wir in Jugoslawien zirkulieren lassen wollen, in Eurer Sprache herauszugeben.

Eine ehrliche Information, die sich auf die Originalquellen stützt, gehört zu einem wahrhaft revolutionär-marxistischen Regime und zu einer wahrhaft revolutionär-marxistischen Bewegung.

Was Ihr als unsere sogenannte Kapitulation in der Praxis vor der sowjetischen Bürokratie bezeichnet habt, das ist in Wirklichkeit unsere Linie der bedingungslosen Unterstützung aller Kämpfe der proletarischen und kolonialen Massen gegen ihren Klassenfeind, selbst wenn diese Kämpfe augenblicklich von den Stalinisten geführt und vom Kreml ausgenützt werden; auf dieser Linie lehnen wir aber auch sehr kategorisch Eure gegenwärtige Auffassung über den Kampf gegen diese Bürokratie ab, die in der Unterstützung von anderen "demokratischen Kräften" als der des Proletariats und der kolonialen Massen besteht. Wir bekämpfen den Stalinismus innerhalb der Arbeiterbewegung mit den Kräften des Proletariats und der Kolonialmassen und wir vertrauen diese Aufgabe niemals dem Imperialismus und seinen reformistischen Agenten an. Unser Weg ist der einzigmögliche, um einen erfolgreichen und fortschrittlichen Kampf gegen den Stalinismus zu führen, denn wir sind davon überzeugt, daß sich die Arbeiterklasse nur durch einen Aufschwung der Massenbewegung von der stalinistischen Unterdrückung befreien kann, so wie sie es in Eurem Lande gemacht hat.

Die Arbeiter und die kolonialen Massen, die noch immer unter dem Einfluß des Kremls und seiner Agenturen stehen, werden niemals jenen trauen, die auf die eine oder andere Art im Kampfe gegen den Stalinismus sich mit dem Imperialismus verbinden.

Es ist nicht lange her, daß diese Wahrheiten von uns gemeinsam erkannt wurden. Ihr habt nun diese richtige Linie unter dem Druck der Imperialisten und Eurer eigenen Schwierigkeiten verlassen. Ihr sucht neue Verbündete bei den "demokratischen Kräften" (welche sind dies, genau gesprochen?) und bei der verfaulten Sozialdemokratie, die die konterrevolutionären Kräfte unterstützt, jene selben Kräfte, die die Restauration des Kapitalismus in Eurem Lande wieder herbeiführen wollen.

Sollen wir Eure Anklage gegen uns dahingehend auslegen, daß Ihr damit einen noch viel größeren Bruch mit der revolutionären Arbeiterbewegung decken wollt und damit leichter Eure neue Orientierung gegenüber den "demokratischen Kräften" und den reformistischen Agenten der Bourgeoisie, die in den beiden oben erwähnten Erklärungen zum Ausdruck kommt, einschlagen könnt?

Macht Eure Erfahrung. Sie wird bitter und schmerzlich sein. Sie wird Eure Isolierung von den proletarischen und kolonialen Massen ebenso wie von der revolutionären Avantgarde nur vollständig machen. Und wenn die Stunde der höchsten Gefahr für Jugoslawien schlägt, wenn es vom Kreml angegriffen oder vom Imperialismus in die Enge getrieben wird, dann werden Eure neuen "Freunde" durch ihre vollständige Passivität gegenüber dem Verlust Eurer Revolution ihren wahren Wert zeigen.

Aber die Trotzkisten, erinnert Euch daran, werden zu Hunderten kommen, sie werden noch größere Brigaden bilden als die, die Ihr zur Zeit der spanischen Revolution entsandt, sie werden mit der Waffe in der Hand die Eroberungen der jugoslawischen Revolution, die vom Kreml oder vom Imperialismus bedroht werden, verteidigen.

Sie werden dies aber nur unter einer einzigen Bedingung tun, nur dann, wenn Ihr Euch entscheidet, Jugoslawien mit den revolutionären Kräften der jugoslawischen und internationalen Massen zu verteidigen und Ihr diesen Kampf nicht mit den imperialistischen Armeen vermengt, die ebenfalls Eure Revolution nur abwürgen würden.

Wir hoffen, daß Ihr im Interesse der Wahrheit und der Arbeiterdemokratie, auf die Ihr Euch beruft, diese Erklärung den Mitgliedern Eurer Partei und den jugoslawischen Massen bekanntmacht.

Mit international-kommunistischen
Grüßen

Das Internationale Sekretariat
der IV. Internationale

Jänner 1951

STATT BÜROKRATISCHER "WIRTSCHAFTSLENKUNG" PRODUKTIONSKONTROLLE
=====

DURCH DIE ARBEITER!
=====

Bis vor kurzem hat die SP den Forderungen der Wortführer der "freien Wirtschaft" noch brav nachgegeben; seit einigen Wochen aber erhebt sie immer stärker den Ruf nach einer staatlichen Wirtschaftslenkung und hat sogar einen Regierungsbeschluss durchgesetzt, der ein Ministerkomitee für eine solche vorzieht. Die Gründe hierfür liegen darin, daß auch die österreichische Wirtschaft von den Veränderungen auf dem Weltmarkt stark betroffen wurde.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen Imperialismus und Sowjetblock, die vorläufig in der kriegerischen Auseinandersetzung in Korea gipfelt, hat eine weltwirtschaftliche Wendung gebracht. Die Umstellung der Kriege- auf die Friedenswirtschaft wurde endgültig zugunsten einer neuen Aufrüstung aufgegeben. Die Folgen davon sind eine Konjunktur in den Rüstungsindustrien, eine sprunghafte Steigerung der Nachfrage nach strategisch wichtigen Rohstoffen, die teils jetzt schon verarbeitet, teils aber für den Kriegsfall gehortet werden, und Hand in Hand damit ein scharfes Ansteigen der Weltmarktpreise. Die neue Rüstungswelle führt indes zu keiner "echten" Konjunktur, sondern verstärkt nur die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche und Gegensätze. Der Auftraggeber der Rüstung ist der Staat, der die Kosten aus den Steuern bezahlt, für die die breiten Massen aufkommen müssen. Neue Rüstungsindustrien werden gebaut, die vorhandenen vom Staat subventioniert. Die Produktion bestimmter Massenverbrauchsgüter wird infolge des plötzlichen Rohstoffmangels eingeschränkt, die Produkte verteuert und überdies durch die Verwendung von Ersatzstoffen verschlechtert. Für die Rüstung nicht wichtige Produktionszweige kommen also ins Hintertreffen und müssen teils infolge von Rohstoffmangel, teils wegen mangelnder Nachfrage ihre Produktion einschränken, eine Enticklung, die auf Kosten der kleinen und mittleren Kapitalisten geht, die sich ihrerseits für ihre Verluste durch Preiserhöhungen schadlos zu halten suchen. Die Aufrüstung geht also Hand in Hand mit einer Senkung der Massenkaufkraft. Die Konjunktur in einzelnen Industrien kann dies nicht wettmachen, da auch der Reallohn der in ihnen beschäftigten Arbeiter infolge des Steuerdrucks und des Ansteigens der Weltmarktpreise gesenkt wird.

Wenn auch alle diese Tendenzen erst am Anfang stehen, so wirken sie sich doch bereits auch auf die österreichische Wirtschaft

aus, die durch den Marshallplan dem von den USA geführten Block angeschlossen ist. Trotzdem die durch den zweiten Weltkrieg verursachten Zerstörungen noch bei weitem nicht behoben sind, war auch der österreichische Kapitalismus von der Krise einer relativen Überproduktion bedroht; die im heurigen Winter erreichte Zahl von über 200.000 Arbeitslosen war ein nicht zu übersehendes Anzeichen hierfür. Die Arbeitslosigkeit ist bis jetzt nur ganz geringfügig zurückgegangen und dennoch ist die Schwerindustrie nun mit Aufträgen überhäuft. Zugleich wird die Massenkauftkraft durch das immer schnellere Emporklettern der Preise weiter gesenkt. Es ergibt sich also eine eigenartige Lage. Ein Teil der österreichischen Kapitalisten - und zwar die Grossen profitiert an der Umstellung der Weltwirtschaft und ist jetzt sicher sehr zufrieden. Für einen Teil der kleinen und mittleren Kapitalisten und des Kleinbürgertums besteht und verschärft sich die Absatzkrise. Für die Arbeiterklasse ergibt sich aber neben der Perspektive neuer Lohnkämpfe immer mehr die Notwendigkeit des Kampfes gegen eine auch durch die Rüstungskonjunktur nicht zu beseitigende Dauerarbeitslosigkeit.

Eingangs haben wir gesagt, daß die SP nun wieder recht laut eine staatliche Wirtschaftslenkung fordert. Sie ist sich bewusst, daß durch die Umstellung der Weltwirtschaft auf die Wiederaufrüstung, deren Kosten auf die Arbeiter abgewälzt werden, sich die Klassengegensätze verschärfen. Die Politik der SP besteht aber darin, diese Gegensätze zu verwischen, auszugleichen, "notwendige Opfer" möglichst gleichmäßig auf alle aufzuteilen und womöglich die Bourgeoisie dazu zu bringen, auch einen Teil auf sich zu nehmen. Die Forderungen der SP nach einer Wirtschaftsplanung haben also den Zweck, den Boden, auf dem eine Koalition überhaupt möglich ist, so gut es geht zu sichern und zu pölsen.

Was verlangt nun die SP? Sie fordert in der Hauptsache eine staatliche Rohstofflenkung, die einerseits den Einkauf auf dem Weltmarkt kontrolliert und der österreichischen Industrie die notwendigen Rohstoffe sichert, andererseits die Kontrolle über die Zuteilung dieser Rohstoffe an die Industrie und damit die Möglichkeit einer gewissen Produktionslenkung. So soll ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit, das diesmal von einem Rohstoffmangel herkommen könnte, vermieden und die infolge des Ansteigens der Weltmarktpreise "unvermeidlichen" Belastungen möglichst gleichmäßig auf möglichst viele aufgeteilt werden. Die SP handelt also sozusagen als der getreue Anwalt der gesamt-kapitalistischen Interessen und sie versucht auch garnicht; ihre Forderungen als etwas anderes hinzustellen; sie beruft sich ja immer wieder auf die kapitalistischen Planungsmaßnahmen der amerikanischen Regierung und hält diese den österreichischen Kapitalisten als nachahmenswertes Beispiel vor. Allein wie alle Kapitalisten gehen auch die führenden Schichten der österreichischen Bourgeoisie nicht von einem abstrakten gesamt-kapitalistischen Interesse aus, sondern schauen in erster Linie auf ihren unmittelbaren Profit. Das ist die Ursache dafür, daß sich die Koalitionspartner augenblicklich gegenseitig beschuldigen und die SP der ÖVP "Sabotage der Wirtschaft", die ÖVP der SP aber "Klassenkampf in der Regierung" vorwirft. Das ist auch die Ursache dafür, daß auf dem ÖVP-Parteitag ein schärferer Kurs gegen die SP verlangt und sogar die Möglichkeit eines Bruches der Koalition angedeutet wurde. Die führende Schicht der österreichischen Bourgeoisie ist nämlich mit den gegenwärtigen Zuständen recht zufrieden. Jede Wirtschaftslenkung würde ihr ins Konzept pfuschen und die Möglichkeit zu Extraprofiten, die aus unkontrollierten Exportgeschäften, aus der Monopolisierung gewisser Rohstoffe und Fabrikate kommt, erschweren. Die Kapitalisten wollen im Gegenteil ihren Profit noch vergrößern und verlangen davon immer dringender das sogenannte Schillingseröffnungsbilanzgesetz.

Abschreibungen auf Maschinen etc. beträchtlich zu erhöhen und damit die Summe des versteuerungspflichtigen Einkommens zu verkleinern, mit anderen Worten, es würde bedeutende Steuergeschenke an die Kapitalisten ermöglichen. Die fehlenden Steuersummen aber müßten dann selbstverständlich den Massen aufgehalst werden. - Ein weiterer Gegensatz zwischen SP und ÖVP entspringt folgendem: Die ÖVP will die Kontrolle des Außenhandels dem Handelsministerium, dem ein ÖVP-Minister vorsteht, vorbehalten. Das würde natürlich die "Wirtschaftslenkung" der SP illusorisch machen; die SP will darum, daß sie an der Kontrolle des Außenhandels mitbeteiligt ist.

Schließlich handelt es sich bei diesen Gegensätzen nicht nur um Wirtschaftsfragen, sondern auch darum, daß die SP der ÖVP gewisse Machtpositionen oder besser gesagt das, was die SP unter Machtpositionen versteht, abringen will. Wenn es ihr gelingt, gewisse Lenkungsmaßnahmen durchzusetzen und die Durchführung so zu gestalten, daß auch die SP daran beteiligt ist, dann werden natürlich eine Anzahl Posten für SP-Bürokraten geschaffen, dann steigt aber auch das Gewicht der SP-Bürokratie im Staatsapparat und das, meint die SP, wird eine Gewähr dafür sein, die Bourgeoisie auch in Zukunft einer Koalition geneigt zu machen.+) Die SP hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Die wirklichen Machtverhältnisse werden nicht durch den Anteil der SP-Bürokratie an den diversen Staatsämtern, sondern durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt. Die ÖVP weiß das besser als die SP. Sie sieht sich deshalb schon jetzt nach Verbündeten um und sucht diese im Lager der Nazi-faschisten, das sich um den VdÜ zu sammeln beginnt. Für die führende Schicht der österreichischen Bourgeoisie ist deshalb ein Zusammengehen mit dem VdÜ und die Ausbootung der SP eine Möglichkeit, die zwar gegenwärtig noch nicht aktuell ist, mit der sie aber für die weitere Zukunft sicher ernst rechnet.

+

Wie ist im Zusammenhang mit all' dem, die Wendung der Gewerkschaftspolitik zu verten? Die SP ist von der Taktik allgemeiner Lohn-Preisabkommen abgegangen und läßt nun den einzelnen Gewerkschaften freie Hand; sie stellt das hin als den Übergang zur "alten, bewährten Gewerkschaftstaktik" vor 1934. Diese Wendung hat mehrere Ursachen. Der Hauptgrund ist wahrscheinlich der, daß sie nach den Erfahrungen des letzten Lohn-Preisabkommens ein solches für nicht mehr möglich, für politisch untragbar hält. Der Stalinpartei, die auf ein neues Abkommen wartet, soll der Wind aus den Segeln genommen werden. Die SP weiß, daß die starke Teuerung Lohnkämpfe in kurzer Zeit unvermeidlich macht; die branchenmäßige und zeitliche Aufsplitterung soll die mit ihnen für die SP verbundene Gefahr auf ein Minimum reduzieren. Vielleicht verbindet die SP aber damit auch ein propagandistisches Fernziel. Ihre Reputation hat durch die Lohn-Preisakte bei den Arbeitern sehr gelitten. Vielleicht will sie nun beweisen, daß die Lohn-Preisakte gegenüber der neuen Taktik doch besser waren und "Erfolge" erzielten, die allen Arbeitern zugute gekommen sind. Bei der neuen Taktik beschränkt sich die SP darauf,

+) Bei den soeben stattgefundenen Gewerkschaftswahlen der öffentlichen Angestellten hat die SP bekanntlich eine gemeinsame Liste mit der ÖVP aufgestellt. Offiziell wurde das mit der Notwendigkeit einer gemeinsamen, geschlossenen Abwehrfront gegen die Stalinpartei begründet, der wirkliche Grund hierfür war aber die Angst der SP-Minister vor einer Blamage. Es hätte sich nämlich herausgestellt, daß in einigen Ministerien, denen sie forstehen, sich die hohe Bürokratie durchwegs aus Schwarzen und Halbbräunen zusammensetzt. So sieht in Wirklichkeit das Gewicht der SP im "sta..." us!

Lohnforderungen nur in solchen Industrien zu erheben, deren Geschäftsgang solche Forderungen "erlaubt". Damit werden ganze Arbeitergruppen von vorneherein von eventuellen Lohnangleichungen an das Preisniveau ausgeschlossen. Es ist klar, daß damit vor allem die schwächsten Gruppen wie z.B. die öffentlichen Angestellten, die Sozialrentner u.a. unter die Räder kommen. Diese "Taktik" wird unvermeidlich die Arbeiterschaft differenzieren und in ihrer Kampfkraft schwächen; sie wird aber auch die Kluft zwischen der Arbeiterschaft und der SP-Bürokratie vergrößern. Ein Teil der untersten Schichten wird in seiner Verzweiflung sich vielleicht der Stalinpartei zuneigen, der ganzen Sachlage nach aber viel eher der faschistischen Demagogie ein geeignetes Angriffsfeld bieten.

+

Welche Aufgaben ergeben sich aus der gegenwärtigen Lage für uns? Das Fehlen einer revolutionären Klassenpartei bestimmt sowohl jetzt als noch für eine längere Periode in Österreich die Richtung und den Ausgang des Klassenkampfes und damit den Inhalt unserer Propaganda. Es handelt sich jedoch nicht nur um deren Ziel und allgemeinen Inhalt, sondern um ihre konkrete Form. Wir dürfen unsere Propaganda nicht mechanisch an die Arbeiter, die wir gewinnen müssen, herantragen; deshalb gehen wir von den gegenwärtigen Klassenkämpfen, von den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, die zu diesen Kämpfen führen, wie von den sich aus ihnen ergebenden unmittelbaren Kampfaufgaben der Arbeiterklasse aus. Unsere propagandistischen Möglichkeiten sind vorläufig mehr als bescheiden, doch wenn wir unsere Propaganda beharrlich fortsetzen und auf lange Sicht arbeiten; wenn wir konsequent bleiben und nicht der Eintagsfliege eines vorübergehenden Erfolges nachlaufen; wenn wir nicht abstrakt und doktrinär sind, sondern unsere Propaganda so gestalten, daß sie mit der lebendigen Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenfällt, dann werden wir Erfolge haben. Wir gehen deshalb von dem aus, was vom Standpunkt des Massenkampfes aus notwendig und möglich ist - auch wenn wir fortgeschrittenen Arbeitern gegenüber dabei nicht stehen bleiben, sondern sie zu Schlußfolgerungen zu führen trachten, zu denen die große Masse der Arbeiter heute noch nicht gelangen kann.

Welche Forderungen ergeben sich jetzt aus dem Tageskampf, für was treten wir ein? Die ÖVP spricht von "Klassenkampf in der Regierung". Wir erklären den Arbeitern, daß ein solcher Kampf tatsächlich geführt wird - innerhalb und ausserhalb der Regierung - und daß er geführt wird von der ÖVP und der Bourgeoisie, deren Interessen die ÖVP konsequent vertritt. Der Inhalt dieses Klassenkampfes besteht in der Wiederflottmachung des angefaulten Kapitalismus auf Kosten des Proletariats, in der Sanierung der Kapitalisten, in der Erhöhung ihres Profits auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter. Es ist für die Arbeiter notwendig, sich gegen die kapitalistische Verelendungsoffensive zu wehren. Es ist möglich, das Realeinkommen der Arbeiter erfolgreich zu verteidigen und sogar zu erhöhen auf Kosten des kapitalistischen Profits!

+

Der Angriff der Kapitalisten gegen den Reallohn wird in der Hauptsache auf dem Preissektor geführt. Wir treten für die gleitende Lohnskala als einziges Mittel ein, das imstande ist, neue Senkungen des Reallohnes zu verhindern und die Relation zwischen Löhnen und Preisen einigermaßen aufrechtzuerhalten. Die gleitende Lohnskala bedingt einen Index der Lebenshaltungskosten, der laufend errechnet und mit seinen Unterlagen regelmäßig veröffentlicht werden muß. Die

Errechnung des Lebenskostenindex darf nicht der reaktionären, arbeiterfeindlichen Ministerialbürokratie überlassen, sondern muß von den Gewerkschaften vorgenommen werden.

Hand in Hand mit der Verteidigung des Realeinkommens muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geführt werden. Wir propagieren die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter bei gleichbleibenden Wochenlohn.

Sowohl bei der Forderung der gleitenden Lohnskala als auch bei der gleitenden Arbeitszeit müssen wir darauf hinweisen, daß große Gewerkschaften in den USA, z.B. die Automobilarbeitergewerkschaft, diese Forderungen schon lange durchgesetzt haben und daß sie auch nun der italienische Gewerkschaftsbund erhoben hat. Die Kapitalisten werden sich gegen solche Forderungen wehren, sie werden erklären, daß die Wirtschaft zugrunde geht und was dergleichen Scherze mehr sind. Wir verlangen, daß die Kapitalisten ihre Behauptungen beweisen. Wir verlangen die Öffnung der Geschäftsbücher der Unternehmungen, die Überprüfung der Aufteilung des Mehrwerts auf Lohn und Profit, die Kontrolle des kapitalistischen Profits und seine Heranziehung zur Stützung des Arbeitslohnes! Wir erklären den Arbeitern, daß eine solche Kontrolle durch die gewählten Vertrauensmänner der Arbeiter in jedem Unternehmen durchaus möglich ist, wenn die Vertrauensmänner hierzu von den Gewerkschaften angeleitet werden. Das bestehende Betriebsrätegesetz gibt unter bestimmten Voraussetzungen schon jetzt in größeren Betrieben den Vertrauensmännern die Möglichkeit; wir verlangen die Ausnützung der bereits bestehenden Gesetze durch die Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft und wir treten aus dem gleichen Grund für die Demokratisierung der Gewerkschaften ein!

Die von der SP propagierten Wirtschaftsgesetze bieten ebenfalls Ansatzpunkte für die Kontrolle der Produktion und des kapitalistischen Profits. Diese Ansatzpunkte können nur ausgenützt und erweitert werden, wenn die Durchführung der Gesetze nicht der Ministerialbürokratie und nicht dem Staat allein überlassen bleibt, sondern wenn den Gewerkschaften eine viel aktivere Rolle, als die Entwürfe vorsehen, eingeräumt wird. Im übrigen nehmen wir die SP beim Wort und verlangen, daß es nicht bei den bloßen Forderungen bleibt, sondern daß sie einen ernsthaften Kampf für sie führt.

Schließlich erklären wir den Arbeitern, daß nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf der Reallohn verteidigt und die Arbeiterforderungen durchgesetzt werden können. Dieser Kampf muß konsequent, entschlossen und einheitlich geführt werden. Verbunden mit unseren Losungen kann die neue "Taktik" des ÖGB, deren Unzulänglichkeit wir aufzeigen, zum Ausgangspunkt für neue, größere Kämpfe werden.